

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	11/2023
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	24.10.2023
Zeit:	19:00 Uhr –22:27 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann, Weber und Dr. Welter (19.40–22.10 Uhr) Stadträte Katzenstein und Schmitz <u>FW</u> Stadträtin Streib Stadträte Rehberger, Dr. Rothe und Wachert <u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt; Stadträte Bernauer, Meyer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtinnen Linier und Striegel, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch <u>Ortsvorsteher</u> Ortsvorsteher Erles
weiter anwesend:	Frau Polte (FB 1)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Erles, Stadträte Scholl und Konrad
Urkundspersonen:	Stadträtinnen Schlüchtermann und Weichert
Sachvortrag:	Herr Möhrle, FB 3 (TOP 3) Herren Robens und Reinhard, Kreisforstamt (TOP 3) Herr Seidel, FB 5 (TOP 4, 5 und 8) Herr Feßenbecker, FB 5 (TOP 5) Herr Horvath, FB 5 (TOP 5) Frau Kurch, FB 1 (TOP 7)
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 19:00 Uhr, begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher und leitet zur Bürgerfragestunde über.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Eine Bürgerin spricht die Kündigung des Pachtvertrages mit dem derzeitigen Campingplatzbetreiber an, es habe hier von Seiten des Gemeinderates eine Entscheidung innerhalb von sieben Tagen gegeben, die Pächterfamilie stände nun auf einmal vor großen Problemen – sie könne die Entscheidung aus menschlicher Sicht nicht verstehen.

Der Bürgermeister stellt klar, dass der Pachtvertrag nicht gekündigt, sondern ausgelaufen sei. Anschließend habe es ein Interessenbekundungsverfahren unter klaren und regulären Bedingungen gegeben. Im Moment befinde man sich in Vertragsverhandlungen mit dem Bieter auf der Position 1 des Interessenbekundungsverfahrens, daher könne er jetzt nicht mehr dazu sagen.

Frau Bürgerin von der „Waldwende“ erinnert im Vorgriff auf den heutigen TOP „Waldhaushalt 2024“ daran, dass die Stadträtinnen Groesser und von Reumont vor zwei Jahren die Idee eines Runden Tisches zur Waldbewirtschaftung ins Gespräch gebracht hatten. Es sei ein Fehler gewesen, dies nicht gemacht zu haben. Der Bürgerwille sei nicht zu übersehen, es gäbe eine Unzufriedenheit mit der Waldbewirtschaftung und Wut bei Bürgern, einzelne Stadträte seien schon beschimpft worden. Sie betont hierzu, dass die Bürgerinitiative Waldwende nicht beschimpfe, aber darum bitte, die Planungen zu überdenken und einen Waldbeirat ins Leben zu rufen, damit die Meinung der Bürger erfasst werde. Sie fragt, warum der Bürgermeister einen Waldbeirat ablehne.

Der Bürgermeister stellt klar, dass man im Dialog sei, die Bürgerinitiative adressiere ihre Stimme. Der Wald sei das Nachhaltigste, was es gäbe, in Baden-Württemberg und Deutschland und bei den Herren Robens und Reinhard in den besten Händen. Die Mitglieder der Waldwende hätten auch bei der Waldbegehung Fragen gestellt, und die Bürgerschaft hätte bei den regelmäßigen Begehungen „Frag den Förster“ auch immer die Gelegenheit, sich zu informieren. Man sei also im Dialog und spreche miteinander, die Meinungen würden erfasst. Außerhalb der Waldwende erhalte man jedoch keine Stimmen. Ein formelles Gremium sei nicht unbedingt nötig, man habe bereits so viele Gremien, dass bis Weihnachten kein freier Abend mehr sei. Die Bürgerinitiative könne immer gerne Fragen stellen – schriftlich oder bei Terminen.

Eine weitere Bürgerin, ebenfalls von der „Waldwende“, verweist auf das Programm „klimaangepasstes Waldmanagement“ der Bundesregierung und fragt, ob das Programm Teil der Präsentation der Förster sei.

Der Bürgermeister verweist auf den Vortrag der Förster.

Ein Mückenlocher Bürger, kritisiert die Arbeit der Stadtverwaltung sehr heftig, dass man von Seiten der Verwaltung immer vertröstet werde, immer wieder hieße es „man arbeite dran“ oder „mañana = morgen“.

Der Bürgermeister bittet um die Frage.

Der Bürger führt weiter aus, dass er beim Workshop „Terrassenfreibad“ festgestellt habe, dass viele Dinge, die nun auf der Bearbeitungsliste ständen, bereits in den letzten Jahren vom Schwimmbad-Förderverein thematisiert worden seien, aber rein gar nichts sei gemacht worden, immerzu sei blockiert worden.

Der Bürgermeister bittet den Bürger, sich zu mäßigen und seine Frage zu stellen.

Der Bürger fährt unbeirrt fort und berichtet leicht aufgebracht von Ideen und Vorhaben aus vergangenen Jahren (Einrichtung eines Hebelifters, den ein Senior auch finanziell unterstützen wollte, Kneipp-Anlage etc.), die nicht umgesetzt wurden.

Der Bürgermeister wirft ein, dass dies teilweise vor seiner Amtszeit gewesen sei.

Der Bürger bestätigt dies. Er wolle die jungen Stadträte im Gremium, die dies nicht wissen könnten, informieren.

Der Bürgermeister bittet abermals um die Frage.

Frau Polte stellt klar, dass die Bürgerfragestunde für Fragen und Anregungen an die Verwaltung, nicht jedoch für Generalschelte und Pauschalkritik gedacht sei.

Der Bürgermeister verweht sich gegen die Vorwürfe. Wenn Herr Eisenhauer den angesprochenen Zeitungsartikel richtig gelesen hätte, hätte er verstanden, dass die Stadt sich um eine Bundesförderung beworben habe. Er sei Herrn Eisenhauer und dem Schwimmbadförderverein sehr dankbar für deren Arbeit und die sogar mehr als 156.000 € Zuwendung, die sie erbracht hätten. Aber Photovoltaik auf dem Dach sei eine andere Nummer. Die Vorwürfe beträfen auch seine Vorgänger, der Hebelifter sei wegen der Folie im Schwimmbecken nicht umsetzbar gewesen. Der Bundestag werde über die Förderung beschließen und somit auch über die dauerhafte Existenz des Freibades. Die Stadt müsse dort von den hohen Kosten herunterkommen, die unter anderem durch die hohen Energiekosten verursacht würden.

Eine Neckargemünder Bürgerin, möchte wissen, was passiert, wenn die Förderung nicht komme.

Der Bürgermeister bestätigt, dass Teile bereits jetzt begonnen werden können, die Planung sei bereits aufgenommen worden und der Gemeinderat habe die energetische Sanierung in Aussicht gestellt. Es handle sich um ein Paket von 8 Mio. Euro. Mit der 75%-igen Förderung läge man bei den 1,5-2 Mio. Euro wie im Frühjahr beschlossen. Man müsse unbedingt von den hohen Energie- und Gaskosten herunterkommen. Ob mit oder ohne Förderprogramm, die Sache müsse angegangen werden. Allerdings müsse auch auf die Ausgabenseite geachtet werden. Auf Rückfrage bestätigt der Bürgermeister, dass die energetische Sanierung in jedem Fall komme. Die Wannenauskleidung in Edelstahl wäre dann fraglich, allerdings würde damit der hohe Wasserverlust gelöst. Die damalige Entscheidung, seinerzeit aufgrund finanzieller Aspekte getroffen, sei im Nachhinein unglücklich gewesen. Evtl. könne man aber auch Wasser aus einem eigenen Brunnen nutzen. Die Hauptüberschrift zu dem Thema sei, dass man das Schwimmbad erhalten wolle.

Ein Neckargemünder Bürger, sagt, der Workshop zum Freibad sei sehr positiv und gut organisiert gewesen. Er halte die Förderung allerdings für unwahrscheinlich. Dass das Geld komme, wäre zu wünschen, damit der Wert erhalten bleibe. Das Terrassenbad sei leider ein „Fehlbau“. Für die Zukunft habe er die Bitte, das Gesprächsformat offener zu gestalten und den Bürgern auf Augenhöhe zu begegnen.

Der Bürgermeister informiert, dass die Bürgerfragestunde an gewisse Regelungen, die sich aus der Geschäftsordnung des Gemeinderates ergeben, gebunden sei. Die Bundesmittel ständen zu Verfügung. Die Frage sei nur, wer die Förderung bekäme. Man stehe in Konkurrenz mit ganz Deutschland, mit mehr als 1000 Bewerbern. Aber man habe sein Bestes getan.

Der Bürger bittet den Bürgermeister nochmals darum, über ein offenes Format nachzudenken.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man immer mit ihm sprechen könne, es gäbe regelmäßige Bürgerfragestunden und verschiedene Befindlichkeiten bei den Bürgern. Man stehe ständig im Dialog.

Die Bürgerfragestunde ist 19:25 Uhr zu Ende.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 10/2023 vom 26.09.2023**
- 1.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**
Stadtrat Dr. Rothe und Herr Seidel haben redaktionelle Änderungen, die seitens der Verwaltung eingepflegt werden.
- 1.3: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- 2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 26.09.2023 gefassten Beschlüsse**
- 2.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister liest die Beschlüsse vor.
- 2.2: **Beratung:**
Es gibt keine Wortmeldungen.
- 2.3: **Beschluss:**
1: Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Grundschule Neckargemünd
Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag der Auswahlkommission zur Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Grundschule Neckargemünd zustimmend (bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) zur Kenntnis. Die Verwaltung wird

beauftragt, eine entsprechende Stellungnahme an das Regierungspräsidium Karlsruhe abzugeben.

2: Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Grundschule Waldhilsbach

Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag der Auswahlkommission zur Besetzung der Stelle der Schulleitung an der Grundschule Waldhilsbach zustimmend (bei einer Enthaltung) zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Stellungnahme an das Regierungspräsidium Karlsruhe abzugeben.

3: Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 8/2023 vom 25.07.2023

Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

4: Pachtvertrag „Campingplatz unter der Friedensbrücke“ unter Berücksichtigung der geplanten Hebewerkssanierung

Der Gemeinderat erklärt sich einstimmig mit der Anpassung der Konditionen nicht einverstanden und empfiehlt keine Vertragsverlängerung. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mehrheitlich die Verpachtung in einem Interessensbekundungsverfahren mit den zwei Losen „Campingplatz mit Gastronomie“ und „Kanuverleih“ vom 1.10.2023 bis zum 11.10.2023 durchzuführen. Die Vorstellung der Interessenten soll am 17. Oktober in einer nicht-öffentlichen Sitzung erfolgen.

Weiterhin beschließt der Gemeinderat die Auswahl unter den geeigneten Bewerbern auf Basis nachstehender Matrix zu treffen:

Finanzielle Gesichtspunkte, beinhaltend Pachtzins hochgerechnet auf 10 Jahre sowie eine Investitionszusage mit geeigneter Sicherheit; hierbei erhält das Höchstgebot 500 Punkte, die anderen Gebote werden linear degressiv gewichtet; Berechnung erfolgt durch die Verwaltung. Das Betriebskonzept, wie es dem Gemeinderat unterbreitet werden wird, mit den Gewichtungen Öffnungszeitraum mit bis zu 100 Punkten, Zahl und Art der Stellplätze mit bis zu 150 Punkten, Gastronomiekonzept mit bis zu 100 Punkten, Sonder- und Freizeitangebote mit bis zu 50 Punkten und Pflegekonzept für Freiflächen und Sanitärgebäude mit bis zu 100 Punkten; Bewertung erfolgt durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Kanuverleih rein nach monetären Gesichtspunkten zu vergeben.

5: Modalitäten der Neuverpachtung des Schwimmbadkiosks

Der Gemeinderat beauftragt einstimmig die Verwaltung mit der Durchführung eines Interessensbekundungsverfahrens zwecks Neuverpachtung des Schwimmbadkiosks.

6: Informationen über die 82. Sitzung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Neckargemünd GmbH am 12.07.2023

Ein Beschluss des Gemeinderats ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt die Informationen über die Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke Neckargemünd GmbH zur Kenntnis.

7: Vorberatung der 100. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 17.10.2023, nichtöffentlicher Teil

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt einstimmig folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 100. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes „Im Hollmuth“ am 17. Oktober 2023, 17:00 Uhr, in der Mensa des Schulzentrums Bammental:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung	Ablehnung
A 1	Genehmigung des Protokolls vom 4. Oktober 2022	x	
A 2	Besetzung der Position des Verbandsrechners	x	
3	Verschiedenes		

8: Personalangelegenheiten, Besetzung der Stelle „stellvertretende Hortleitung (m/w/d)“ des Fachbereichs 1

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, die Stelle „stellvertretende Hortleitung (m/w/d)“ im Fachbereich 1 nach § 31 TVÖD um ein weiteres Jahr befristet zu besetzen.

3: Waldhaushalt 2024

3.1: Sachvortrag:

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen und die Präsentation der Förster sind dem Originalprotokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister begrüßt die Herren Robens und Reinhard sowie Herrn Möhrle. Man sei mit den Förstern in regelmäßigem Austausch, die Waldbegehung am 15.09. sei wieder sehr interessant gewesen. Den beiden Förstern gelte sein Dank.

Herr Robens übernimmt das Wort und dankt den Mitgliedern des Gemeinderates für ihre Zeit und die Möglichkeit seinen Rechenschaftsbericht abzugeben. Der Holzeinschlag lag in 2022 bei 5.843 Festmetern, 1.000 Festmeter mehr als erwartet, bedingt durch den trockenen, extrem heißen Sommer. Der Plan der Forsteinrichtung sähe 5.260 Festmeter Mittelwert auf 10 Jahre vor. Man bemühe sich am Ende des Jahrzehnts bei 100% zu landen. Beim Holzeinschlag hielten sich Buche und Fichte mit 37% bzw. 39% die Waage. Temperaturanomalien und der Borkenkäfer seien die Hauptprobleme. Außerdem geht Herr Robens auf die weiteren Aufgaben der Förster ein, u.a. stehe die Naturverjüngung im Fokus. Auf der Einnahmenseite stehe im Vergleich zum Haushaltsansatz 2022 ein höheres Plus, man habe vor allem die Fichten gut vermarkten können, auch der Mehreinschlag und die Zwangsnutzung sowie Fördermaßnahmen im Extremjahr 2022 hätten zum besseren Ergebnis beigetragen.

Herr Reinhard präsentiert anschließend die beschlussrelevanten Daten für 2024. Zunächst verweist er auf das „Waldretterprogramm“ und dankt den 14 Personen, die sich ehrenamtlich bei der Feststellung und Ermittlung von mit Borkenkäfern befallenen Bäumen eingebracht hätten. Dem stimmen die auch die Mitglieder des Gremiums mit Applaus zu. Bei einem Ansatz von 3.290 Festmetern Hiebsatz trete man, dem Grundsatz der Nachhaltigkeit folgend, jetzt auf die Bremse. Wenn man

Hiebe zurückstellen müsse, dann würde dies im Mischwald geschehen, der Hiebsatz würde an Althölzern gespart. Man sei im Pflegeprogramm sehr weit fortgeschritten und bis 2026 sei es abgeschlossen. In Neckargemünd gelte es, den Schwerpunkt auf die jungen Bestände zu legen. 300 Hektar Bodenschutzkalkung ständen wegen der Übersäuerung der Böden an, diese Kalkung werde bezuschusst. Die Personalkosten, in der Präsentation noch nicht aufgeführt, wohl aber in der Beschlussvorlage enthalten, würden günstiger aufgrund des Wechsels von zwei Mitarbeitern in den Bauhof bzw. in den Ruhestand. Die körperliche Belastung der Waldarbeit sei sehr groß geworden.

Mitglieder der Bürgerinitiative Waldwende ergreifen bei Ende der Ausführungen sogleich das Wort.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass er das Wort für die Beratung noch nicht erteilt habe, er aber den Mitgliedern der „Waldwende“ ausnahmsweise auch nach der Bürgerfragestunde noch eine Frage gestatte. Anschließend bedankt er sich bei den beiden Förstern für die Ausführungen. Wichtig zu wissen sei, dass nur in ca. 3% des Waldes eingegriffen werde.

3.2: **Beratung:**

Eine Bürgerin von der Waldwende fragt nach dem Bundesförderprogramm.

Herr Robens stellt klar, dass das Bundesförderprogramm für ganz Deutschland gelte, gleichwohl hätten die Wälder in Deutschland jeweils andere Voraussetzungen. Baden-Württemberg treffe das Programm daher nur teilweise, es gäbe Einschränkungen, die mit dem Programm verbunden seien. In Neckargemünd gäbe es mehr lichtbenötigende Baumarten als im Norden, daher müsse man hier auf Dauer mehr Licht schaffen. Es sei seine tiefste Überzeugung, dass man damit für die hiesigen Verhältnisse, richtig liege. Für Stadträtin Dr. Welter habe er aufgrund ihrer Rückfrage Bilder von kranken Bäumen mitgebracht. Eichen kämen mit weniger Niederschlag zurecht, man müsse klimatolerante Baumbestände fördern.

Stadtrat Rehberger verweist auf den Weltklimarat, man solle den Experten vertrauen, die Mitglieder der Waldwende hätten eine andere Auffassung.

Stadträtin Dr. Welter bedankt sich für die Fotos und fragt nochmals zum Bundesförderprogramm und den anderen Baumarten nach. Warum sei das in Neckargemünd ein Widerspruch?

Herr Robens informiert, dass es beim Bundesförderprogramm 12 Kriterien gäbe, u.a. spiele die Dauer des Verjüngungszeitraumes eine Rolle, dies sei für manche Bäume ein Todeskriterium. Für andere Bereiche in Deutschland mit anderer Waldbeschaffenheit passe das Programm, aber nicht für Neckargemünd.

Stadtrat La Licata fragt wie, wann und in welchem Gebiet die Kalkungen durchgeführt werden.

Herr Robens informiert, dass geplant sei, in 2024 Dolomitkalk bzw. je nach Standort auch ein Gemisch aus Dolomitkalk mit Asche auf einem Gebiet von insgesamt ca. 300 Hektar kalkungsbedürftigem Böden auszubringen. Es würden ca. 2 Tonnen pro Hektar benötigt, verteilt entweder per Gebläse oder auch als granuliertes Material per Hubschrauber.

Stadtrat Fritsch fragt nach den Zuweisungen und Zuschüssen u.a. für die Bodenschutzkalkung und dem Betrag, der für die Felssicherung vorgesehen sei.

Der Bürgermeister verweist auf die Vorlage und erläutert, dass 50.000 € für die Fellsicherung in der Dilsberger Straße vorgesehen seien.

Herr Robens informiert, dass man vom Land Baden-Württemberg einen Mehrbelastungsausgleich erhalte, außerdem bemühe man sich um eine Förderung für nachhaltige Waldwirtschaft und für Mountainbike-Strecken.

Stadträtin Schlüchtermann fragt, was der Begriff „Waldrefugium“ bedeute.

Herr Robens erklärt, dass es sich dabei um Schutzgebiete des Alt- und Totholzkonzeptes Baden-Württemberg handle, ca. 1 bis 3-4 Hektar groß, verteilt auf einer Fläche mit Habitatbäumen.

Es folgen die Stellungnahmen der Fraktionen.

Stadtrat Katzenstein spricht für die Fraktion der Grünen: *„Wald ist ein emotionales Thema! Das merken wir immer wieder, gerade aktuell auch beim Thema Windkraft im Wald. Er beschäftigt die Menschen, er ist ihnen - und uns, der Verwaltung und dem Forst! - lieb und teuer! Das haben wir ja gerade gehört. Und deswegen engagieren sich die Menschen für den Wald, sie informieren sich, bilden sich fort, werden zu Expert:innen! Das ist wertvoll, das ist ein Fachwissen, welches wir nutzen könnten und sollten. Daher ist nicht nur schade, sondern auch ärgerlich, dass kein Runder Tisch zum Wald stattfindet. Natürlich gibt es dann auch unterschiedliche Meinungen. Und das kann anstrengend sein. Manchmal kommt man zu einer Einigung - manchmal nicht. Aber das ist auch OK, und sollte von beiden Seiten - ich betone beide Seiten - auch respektiert werden. Aber immer kommt es zu einem Erkenntnisgewinn und bei guter Mediation auch zu einem Verständnis für die andere Seite. Und zur Akzeptanz des Handelns. Deswegen bedauern wir Grüne es sehr, dass es nicht zu dem von der CDU und uns - insbesondere durch Anne von Reumont - vorgetragenen Runden Tisch mit der Waldwende gekommen ist. Wir freuen uns sehr, dass der Hiebsatz auf rund 56 % gesenkt wurde! Das ist eine gute Reaktion auf den schlechten Zustand unseres Waldes. Der Vortrag von Herrn Robens hat es wieder eindrucksvoll gezeigt: der deutliche Temperaturanstieg setzt unseren Wald unter Stress, wir haben wiederholt „Kalamitäten“. Deswegen ist langfristig ein vorsichtiger Umbau der Wälder mit klimaresilienten Baumarten gefordert! Wir müssen auf gemischte Bestände setzen und nicht nur auf die natürliche Buchenverjüngung, sondern genau hinzuschauen und nicht- oder schlecht-verjüngte Bestände suchen und dort Mischbaumarten pflanzen. Nicht nur Douglasie, sondern Eiche! Und eine Monokultur wäre auch für die Artenvielfalt kein Gewinn. Ohne Eingriffe durch den Forst bekämen wir aber wohl einen reinen Buchenwald. Der sieht zwar gerade jetzt im Herbst hübsch aus, ist aber nicht vielfältig und wirklich resistent. Auch für den Lebensraum Wald brauchen wir Vielfalt bei den Baumarten und bei der Baumdicke. Aber auch Lichtungen sind wichtig! Deswegen ist es richtig, dass steuernd und regelnd eingegriffen wird. Damit wir, aber auch die vielen Tier- und Pflanzenarten sich auch morgen und übermorgen im Wald wohl fühlen können. Ärgerlich, dass wir die Präsentation nicht, wie früher üblich, vorab bekommen haben! Denn dann hätten wir uns besser und gezielter vorbereiten können. Bitte in Zukunft wieder vorab zur Verfügung stellen! Vielen Dank Ihnen und Ihren Mitarbeiter:innen für die zum Teil sehr harte körperliche Arbeit. Wir wissen Ihre schwere und körperliche Arbeit sehr zu schätzen und wünschen Ihnen und Ihren Mitarbeitern alles Gute und vor allem eine unfallfreie Zeit! Vielen Dank“*

Stadtrat Rehberger spricht für die Freien Wähler:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Robens und Herr Reinhard, meine Damen und Herren, erstmals herzlichen Dank an die Förster und unsere Waldarbeiter für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Wir wissen als Waldbesitzer den Stadtwald bei Ihnen in den besten Händen. Bei unserer Waldbegehung im September haben sie uns an verschiedenen Waldbildern im Unteren Stadtwald ihre tägliche Arbeit und Herausforderungen anschaulich erläutert. Sie haben uns auch aufgezeigt, in welchem Spannungsfeld sie arbeiten und wie sie den Wald in Bezug auf den Klimawandel umbauen, um den Wald für unsere nachfolgenden Generationen zu erhalten. Besonders beeindruckend war für mich persönlich, welche einzelnen Maßnahmen Auswirkungen auf Flora und Fauna insgesamt haben. Für uns ist es besonders wichtig, dass der Stadtwald, wie bisher auch, nachhaltig bewirtschaftet wird. Dies wird auch durch unsere Zertifizierung immer wieder überprüft. Sie als unsere Förster arbeiten ja auch nicht in einem Vakuum. Sie sind eingebunden in die Forstverwaltung des Rhein-Neckar-Kreises. Des Weiteren arbeiten sie eng mit der forstlichen Versuchsanstalt und der Forstdirektion in Freiburg zusammen. Das heißt alle Maßnahmen von der Pflanzung über die Pflege bis zum Holzeinschlag werden immer wieder evaluiert. Der Haushalt 2024 ist mit einem Defizit von 100.000€ geplant, wobei 50.000€ für die Fellsicherung und 30.000€ für die Bodenkalkung vorgesehen sind, so dass sich das Gesamtbild relativiert. Der Holzeinschlag ist mit 3.300 Festmetern moderat geplant. Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Plan mit dem vorgesehenen Hiebplan in der vorgelegten Form zu.“

Stadtrat Bernauer sagt für die CDU:

„Sehr geehrter Herr Robens, sehr geehrter Herr Reinhard, vielen Dank für die, wie gewohnt, hoch interessante Präsentation heute und auch für Ihre Zeit zum Gespräch vorbereitend zu dieser Sitzung! Wir möchten Ihnen an dieser Stelle nochmals unser Vertrauen und unseren Dank für Ihre Arbeit aussprechen. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass wir bei Ihnen für alle Fragen und Anregungen stets ein offenes Ohr finden und schätzen das gemeinsame Angehen von Lösungen. Im vorgelegten Waldhaushalt sehen wir einen Zuschussbedarf von rund 100.000€, welcher jedoch nicht in direkter Folge zu rein forstbezogenen Aspekten entsteht. Wir möchten hier aber auch ganz klar diese Planung unterstützen und anmerken, dass wir unseren Wald nicht als – im wirtschaftlichen Sinne – gewinnbringend sehen. Und auch nicht sehen wollen. Sollte das Defizit letzten Endes höher liegen, da weniger geerntet werden konnte und unser Wald dafür nachhaltiger bleibt, wären wir darüber alles andere als enttäuscht. Sehr positiv sehen wir, dass die Tendenz der Verringerung des Holzeinschlages fortgesetzt wird und wir von einst 5.700 fm zu nun geplanten 3.290 fm gelangt sind. Sie betonen es immer wieder: Ihre Arbeit zeigt sich erst in Schritten von Jahrzehnten und somit hoffen wir auf eine weitere Fortführung dieser Entwicklung. Was wir noch anregen möchten wäre die Idee, eventuell noch einen Teil weiterer Flächen stillzulegen. Das ist kein Punkt, der heute entschieden werden kann, doch möchten wir die Diskussion offenhalten und Sie bitten zu prüfen, ob es noch Bereiche gibt, an denen das sinnvoll wäre – auch gerne in den Ortsteilen. Und auch wenn das heute kein Bestandteil des Beschlusses ist, möchten wir etwas anregen. Vielleicht lässt sich die Zusammenarbeit mit der Verwaltung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verstärken. Wir denken hier an kleine Berichte oder Ähnliches,

die Ihre Arbeit erläutern um für manches vielleicht auch einen anderen Blickwinkel und Verständnis zu schaffen. Die CDU stimmt dem Waldhaushalt 2024 in der vorliegenden Form zu und ich möchte noch mit einer Bitte schließen: Je nachdem, wie die Entwicklung am Lammerskopf weitergeht, würden wir gerne Ihre Fachexpertise erfragen, an welchem genauen Platz der Eingriff in den Wald auf unserer Gemarkung am wenigsten schädlich wäre.“

Für die Fraktion der SPD spricht Stadtrat Schimpf wie folgt:

„Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsplanansatz zu. Wir unterstützen weiterhin die Strategie einer naturverträglichen Waldwirtschaft, wie sie von unseren Förstern nicht erst seit kurzem praktiziert wird. Das Minus im Planansatz ist nicht schön, aber es ergibt sich auch aus einem vermindertem Hiebsatz, der von uns so mitgetragen wird. Diese Minderung dokumentiert aber auch, dass ein Gewinn aus der Holzernte nicht ein primäres Kriterium für uns und die anderen Fraktionen im Gemeinderat ist.“

In diesem Zusammenhang weist Stadtrat Schimpf darauf hin, dass 106.000€ unter der Position „Sozialfunktion“ im Haushalt stehen – dies sei ein wichtiger Hinweis für die Bürgerschaft. Er fährt weiter wie folgt fort: *„Allerdings ist ein Moratorium bei der Holznutzung für uns auch kein Weg, wie gelegentlich schon aus der Einwohnerschaft vorgetragen wurde. Es erinnert mich an Zeiten, als vor Jahren der „saure Regen“ das beherrschende Thema in der Diskussion um den Wald war und ähnliche Forderungen erhoben wurden. Eine ökologisch sinnvolle Nutzung von Holz im Wohnbau wird in den kommenden Jahren noch stärker an Bedeutung gewinnen. Auch deshalb kann auf eine behutsame Nutzung unseres Waldes nicht verzichtet werden, es sei denn der Bedarf an Nutzholz wird noch stärker durch die Holzmafia z.B. in Rumänien oder am Amazonas befriedigt. Die heutige Stellungnahme zum Forsthaushalt 2024, die ich im Namen der SPD-Fraktion abgebe, wird meine letzte sein. Zum Forsthaushalt 2025 wird jemand anderes dann Stellung nehmen. Deshalb noch einige persönliche Dankesworte: Von Beginn ihrer beruflichen Tätigkeit in Neckargemünd an habe ich ihre engagierte Arbeit, Herr Reinhard, geschätzt und ihre Detailkenntnis bewundert. Auch außerhalb der gemeinderätlichen Waldbegehungen habe ich ihr pädagogisches Geschick bei Waldführungen kennengelernt. Dafür meinen herzlichen Dank. Sie, Herr Robens, haben ihren Dienstsitz zwar vor Ort, aber ihr Dienstbereich erstreckt sich über den Landkreis. Dass Sie trotzdem häufig hier präsent sind: meine Anerkennung und mein Dank.“*

Stadtrat Fritsch merkt an, dass der Wald ein Multitalent sei, das nur überleben könne, wenn die Eingriffe so gering wie möglich ausfallen. Die Förster Robens und Reinhard leisteten sehr gute Arbeit für die Stadt Neckargemünd, er möchte seinen Dank und große Hochachtung aussprechen. Er werde dem Beschluss zustimmen.

Stadtrat La Licata bedankt sich ebenfalls, er werde sich kurzfassen, sei immer gerne bei den Unternehmungen dabei, es sei spannend und man lerne viel. Er werde zustimmen.

Der Bürgermeister schließt die Beratung mit dem Dank, auch an die Herren Moosherr und Johe, die über 40 Jahre im Dienst der Stadt sind. Abschließend merkt er noch an, dass es am 28.04. einen Runden Tisch mit der Waldwende gegeben habe.

3.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt 2024 zu:
Produkt 5550, Forstwirtschaft

Sachkonto	Erträge	Betrag in EUR
31480000	Zuweisungen und Zuschüsse	106.700
34110000	Mieten und Pachten	9.100
34210000	Erträge aus Verkauf	225.600
		341.400
Sachkonto	Aufwendungen	
40000000	Personalausgaben	9.600
42110000	Unterhaltung Grundstücke	80.500
	Bodenschutzkalkung / Felssicherung	
42710100	Ernte von Forsterzeugnissen	103.400
42710200	Kulturen	11.300
42710300	Forstschutz	7.200
42710400	Bestandspflege	1.700
42710500	Erschließung	25.000
42710600	Sozialfunktion	106.500
44310000	Geschäftsaufwendungen	9.800
44310400	Telefon / Datenkommunikation	200
44410000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	12.500
44520000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	67.500
48110000	Aufw. Verrechnung Bauhof	<u>10.000</u>
		445.200

Vor Einstieg in den nächsten Tagesordnungspunkt bedankt sich der Bürgermeister in Zusammenhang mit nun den folgenden TOPs 4, 5 und 7 bei den Mitgliedern des Klimaschutzbeirats für die tolle Unterstützung. Man stehe in ständigem Austausch. Er erwähnt in diesem Zusammenhang auch die Klimamesse, die ein absolutes Highlight gewesen sei und den Besuch der Klimaarena mit dem Gemeinderat.

4: **Vorstellung und Bewertung der Sanierungsfahrpläne Grundschule Dilsberg-Mückenloch, Graf-von-Lauffen-Halle und Altes E-Werk**4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ebenso wie die als Download zur Verfügung gestellten weiteren Unterlagen sind dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Seidel verweist zu Beginn darauf hin, dass man, nachdem die beiden heutigen TOPs 4 & 5 bei der letzten Gemeinderatssitzung hatten vertagt werden müssen, wie

vom Gemeinderat gewünscht, die Unterlagen zu den Sanierungsfahrplänen digital zum Download bereitgestellt habe.

Herr Feßenbecker erklärt, man werde die Sanierungsfahrpläne als Grundlage für das weitere Vorgehen nutzen, gleichwohl müsse man sich z.B. bei einem Heizungsfahrplan mit einer Amortisierungszeit von 1.117 Jahren überlegen, ob es sinnvoll wäre, so etwas umzusetzen. Die Sanierungsfahrpläne seien ein Wunsch des Gemeinderates gewesen und würden auch einen Mehrwert bieten, zudem stimme man sich auch mit dem Klimaschutzbeirat ab. Man würde es vorziehen, projekt- und nicht objektbezogen zu handeln. Gerne könnten die Mitglieder des Gemeinderates ihn bei Fragen auch anrufen. Auf Wunsch spricht Herr Feßenbecker die zwei Objekte Grundschule Dilsberg-Mückenloch und Graf-von-Lauffen-Halle in Einzelvorstellung durch. Im Sanierungsfahrplan der Graf-von-Lauffen-Halle seien gute Anregungen, die man übernehmen könne, vorhanden. Gleichwohl seien die Wartung und Betriebskosten nicht eingerechnet. Es sei ein mittelfristiges Projekt, bei dem zu klären sei, wie die Sanierungen angegangen werden sollten.

Der Bürgermeister merkt zur Grundschule Dilsberg-Mückenloch an, dass diese immer noch nicht barrierefrei und auch noch keine Ganztageschule sei.

Herr Seidel informiert, dass bei einem Betrieb als Ganztageschule Außenflächen vorhanden sein müssten. Es sei eine mittelfristige Strukturfrage, wie damit umgegangen werde, auch was z.B. ein Neubau koste.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Schimpf sagt, er habe gerüchteweise von Schimmelbefall in den Klassenzimmern gehört und möchte wissen, ob daran etwas wahr sei.

Herr Seidel bestätigt, dass man an dem Problem arbeite.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass man bei Schimmel nicht zögere.

Stadträtin Groesser möchte wissen, was die Ursache für den dortigen Schimmel sei. Die Lüftungsanlage oder mangelndes Lüften?

Stadtrat Rehberger bittet, beim Thema zu bleiben.

Herr Seidel informiert, dass es an den Außenwänden liegen würde.

Der Bürgermeister sagt, dass er bei der Grundschule eher zu einem Neubau tendieren würde.

Stadtrat Schimpf fragt nach Zuschussmöglichkeiten.

Herr Seidel informiert, dass es bei der allgemeinen Schulbauförderung aktuell eine Bearbeitungszeit von 3,5 Jahren gebe. Die schnellen Standardförderungen im energetischen Bereich lägen zwischen 15% und 30% und seien bei Einzelmaßnahmen möglich.

Stadtrat Fritsch fragt, ob die Verwaltung sich schon Gedanken gemacht habe, was das Nötigste sei. Bei diesen Zahlen sei das ein heißes Eisen. Er möchte wissen, was am Dringendsten gemacht werden müsse.

Herr Feßenbecker verweist auf die übersandte Präsentation und die Bewertung des Berichtes. Die Verwaltung plädiere für eine Dachsanierung, eine neue Pelletsheizung und Energieeinspeisung über eine PV-Anlage auf der Graf-von-Lauffen-Halle. Kostenpunkt dieser Maßnahmen 900.000 €, zwar mit Einschränkungen im (Schul-)Betrieb, aber keiner Vollschließung.

Stadträtin Groesser fragt, wie es nun weitergehe.

Herr Feßenbecker sagt, man werde nun für die Maßnahmen Planungsmittel in den Haushalt 2024 einstellen und während der darauffolgenden Gremienberatungen vorstellen, was man machen könne. Zunächst müsse man aber das Nutzungskonzept kennen.

Stadträtin Groesser merkt an, dass hier Diskussionsbedarf bestehe.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man feststellen müsse, wie man damit umgehe. Was sei der Gemeinderat bereit mitzutragen?

Stadtrat Schmitz verliest für die Fraktion der Grünen folgende Stellungnahme:

„Zunächst einmal ein Dank der Fraktion an die Verwaltung, dass jetzt systematisch die energetische und bauliche Ertüchtigung des städtischen Gebäudebestands mit Sanierungsfahrplänen angegangen wird. Das war über lange Zeit eine Forderung der Grünen an die Verwaltung, damit hier System hereinkommt und Prioritäten gesetzt werden können. Also haben wir uns sehr gefreut, dass dieser Punkt auf die Tagesordnung kam. Als wir dann die Vorlage zur Ratssitzung vor einem Monat gelesen haben, waren wir sehr erstaunt, keine erläuternden Unterlagen bekommen zu haben. Der Beschlussvorschlag lautete und lautet auch heute: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Sanierungsfahrplänen und deren Bewertung durch die Verwaltung. Das Problem war: Wir sollten erst in der Sitzung selbst die Unterlagen zur Kenntnis nehmen — aber so kann ja nichts herauskommen! Zwischenzeitig wurden den Fraktionen die umfangreichen Unterlagen und die heutigen Präsentationen vorab zugestellt, vielen Dank dafür. Ich hoffe, es wird im Folgenden deutlich, dass es sich lohnt, den Sachverstand des Gemeinderats auch bei solchen technischen Fragen einzubeziehen. Der Bürgermeister erwähnte vorhin den Klimaschutzbeirat. Es hat uns daher doch gewundert, dass man die umfangreichen Vorarbeiten des Klimaschutzbeirats zu der Dilsberger Schule und Halle nicht auch in den Unterlagen berücksichtigt hat. Vor ein paar Tagen hat der Bürgermeister bei den 2. Neckargemünder Klimaschutz- und Energietagen sinngemäß gesagt, dass er stolz und froh darüber ist, dass der Klimaschutzbeirat die Stadt ehrenamtlich und dennoch intensiv und sehr fachkundig berät. Ich freue mich, wenn nun im weiteren Verlauf die Expertise des Klimaschutzbeirats auch in die Sanierungsfahrpläne einfließen kann. Im Fall des alten E-Werks wird der vorliegende Sanierungsfahrplan verworfen und das so begründet, dass man derzeit in Überlegungen zum Nutzungskonzept stecke und ohnehin zahlreiche Baumaßnahmen noch vorzunehmen sind. Deshalb sollte man diese Maßnahmen abwarten und dann unter den veränderten Gegebenheiten einen neuen Sanierungsfahrplan erstellen lassen. Ja, ok, das leuchtet ein. Aber warum hat man dann bei diesem Objekt überhaupt im aktuellen Zustand einen Sanierungsfahrplan erstellen lassen? Warum zieht man nicht bereits erste Rückschlüsse aus den bisherigen Erkenntnissen? Unser heute leider krankheitsbedingt verhinderte Kollege Felix Konrad hat das gemacht und kommt zu folgenden Ergebnissen:

- 1. Das Gebäude ist aufgrund seiner Beschaffenheit nur durch Innendämmmaßnahmen auf einen deutlich geringeren Energieverbrauch zu bringen. Diese sind aufwändig und im Verhältnis zur erzielten Einsparung teuer*

2. Zu prüfen wären deshalb aus unserer Sicht Erweiterungsoptionen, die eine Ausweitung des Nutzungskonzepts erlauben. Intensivere Nutzung sorgt für eine höhere Nutzungseffizienz, unabhängig vom Energiestandard.
 - a. Jugendtreff etablieren
 - b. Proberäume anbieten (Musikschule)
 - c. Weitere Raumnutzungen für andere Gruppen prüfen
3. Neue Gebäudeteile (An- und Aufbauten) können energetisch hocheffizient ausgeführt werden und durch thermische Trennung das „alte E Werk“ in einem intelligenten Raumnutzungskonzept stützen.
 - a. So bliebe der Veranstaltungsraum einfach die meiste Zeit kühl, wenn er nicht genutzt wird. Eine entsprechende Heizung (z.B. über Infrarotdeckenstrahler) sollte in der Lage sein, den Raum nur im Nutzungsfall schnell auf eine verträgliche Grundtemperatur zu bringen.
 - b. Dagegen könnte man die Dachräume und eventuelle Anbauten sehr gut dämmen und thermisch vom Veranstaltungsraum trennen.

Bei der Bewertung durch die Verwaltung für die beiden anderen (eigentlich zusammenhängenden) Objekte Grundschule Dilsberg und Graf-von-Lauffen-Halle geht es hauptsächlich um die Amortisationszeiten. Da werden Baukosten in Höhe von ca. 2,3 Mio. EUR für die Schulsanierung einer Energiekosteneinsparung von 26.400 EUR gegenübergestellt, bei der Halle geht es um Baukosten von über einer Mio. EUR gegenüber Energiekosteneinsparungen von 18.000 EUR. Das hört sich erstmal ungünstig an und mit einer einfachen Divisionsrechnung kommt man dann auf Amortisationszeiten von 60-87 Jahren. Deshalb werden diese Investitionen überwiegend schlecht bewertet.

Diese simple Berechnungsmethode berücksichtigt allerdings viele Faktoren nicht: Die Energiepreise werden zweifellos steigen. Der klimagerechte Umbau der Energieversorgung wird die ganze Berechnung verändern. Die Sanierung verringert überdies nicht allein den Energieverbrauch. Sie schafft auch eine bauliche Aufwertung der Gebäude und verbessert die Aufenthaltsqualität für die Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal. Nach ungefähr 40-50 Jahren muss jeder Hausbesitzer Geld für den Gebäudeunterhalt in die Hand nehmen, das ist im privaten Bereich vollkommen normal, nur bei der Stadt vielleicht nicht, da kommt sowas immer überraschend! Im Zuge einer turnusgemäßen Gebäuderevision erfolgt dann sinnvollerweise auch eine energetische Sanierung. Diese ganze Maßnahme einer reinen Amortisationsrechnung zu unterziehen, ist genauso unfair, wie zu verlangen, dass ein neuer Hausanstrich nach einiger Zeit seine Kosten wieder einspielen sollte! Auch sollten wir berücksichtigen, dass Investitionskosten immer auch eine Steigerung der Sachwerte in der Doppik zur Folge haben. Also sollten wir nicht zu viel Angst vor Investitionen haben und uns von reinen Amortisationsrechnungen nicht den Blick verstellen lassen.

Das heißt aber natürlich nicht, dass man keine sinnvollen Prioritäten setzen sollte. Insofern unterstützen wir die Dachsanierung und Fenster-Sanierung als sowieso notwendige Maßnahmen und auch die Fotovoltaik ist sinnvoll — und zwar auf beiden Gebäuden — für die hierbei erzeugte grüne Energie wird man bald sinnvolle Verwendung finden! Den Vorschlag, eine Pellet-Heizung einzubauen, lehnen wir ab, und zwar aus zwei Gründen: Zum ersten kann eine weitere Holz-Großanlage nach dem Bauhof nicht die Lösung sein; Holzverbrennen im EFH im Status Quo oder als

Alternative zur Ölheizung auf dem Dilsberg ist ok, eine wesentliche Steigerung der Holzverbrennung — gerade durch Großabnehmer — ist aber aus verschiedenen Gründen nicht sinnvoll.

Viel wichtiger aber: Wir müssen bei diesen Großgebäuden in der Stadt immer das Thema kommunale Wärmeplanung mitbedenken. GS und Halle sind die zentralen Wärmeabnehmer auf dem Dilsberg und wären für ein potenzielles Wärmenetz essenziell. Diese Chance sollten wir uns nicht verbauen! Deshalb plädieren wir dafür, gemäß dem Gutachten des Klimaschutzbeirats, vielen Dank dafür an Herrn Lainer, für die Zwischenzeit eine Heizungsoptimierung durchzuführen, bevor dann mit dem Strom vom Dach vielleicht eine große Wärmepumpe das ganze Quartier versorgen kann. Und noch ein letzter technischer Punkt: Die Einführung einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung sehen wir nach den Erfahrungen des Schulzentrums kritisch, v.a. wegen der hohen Wartungskosten.

Was die baulichen Maßnahmen angeht, die in den Sanierungsfahrplänen angegeben sind, müssen wir kritisieren, dass hier keine Lebenszyklusbetrachtung erfolgt, wie sie beispielsweise durch das QNG (Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude) für private Bauten und durch das BNB (Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen) für öffentliche Bauten als Fördervoraussetzung gefordert wird. Wer sich diese Untersuchungen erspart, verzichtet nicht nur auf Fördermittel, sondern auch auf die Möglichkeit, CO₂-Senken in Gebäuden zu identifizieren. Stattdessen soll äußerst konventionell in Polystyrol und Mineralfaser geplant und gebaut werden. Ebenso wird nicht auf die Holzbauoffensive des Landes BaWü geschaut, die Landesmittel für öffentliches Bauen mit Holz bereitstellt.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass uns diese Sanierungsfahrpläne und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen zwar ein wenig weitergebracht, aber noch lange nicht für die Klarheit gesorgt haben, die wir für die weitere Planung benötigen. Ich hoffe, unsere Anregungen haben zur Aufklärung beigetragen und werden von der Verwaltung aufgegriffen — auch mit Blick auf weitere Objekte, für die Sanierungsfahrpläne erstellt werden sollen. Denn mit Blick auf eine nötige Priorisierung sehen wir noch nicht ganz, dass die heute hier behandelten städtischen Gebäude wirklich die erste Priorität bei der Sanierung verdienen. Aus unserer Sicht wäre das Rathaus ein noch wichtigeres Objekt — gerade auch im Sinne der Signalwirkung in die Öffentlichkeit. Aber für den Dilsberg und die Entwicklung dort sind GS und Halle von eminent großer Bedeutung — im Kontext der kommunalen Wärmeplanung. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Stadtrat Hertel unterbricht Herrn Schmitz während der Stellungnahme und weist darauf hin, dass das kein „grünes“ Konzept sei, da die Punkte im gemeinsamen Gespräch zwischen ihm und Stadtrat Konrad eruiert worden seien.

Stadtrat Schmitz sagt, es handle sich nicht um ein Konzept, sondern nur um Vorschläge.

Stadtrat Bernauer spricht für die Fraktion der CDU zunächst zur Grundschule Dilsberg-Mückenloch: „Vorab ist anzumerken, aufgeführt sind reine Baukosten ohne Kosten für Planung, Ersatzunterbringung, etc. Gemäß dem Bericht liegt ein mäßiger baulicher und energetischer Zustand vor. Also dem Baujahr 1982 entsprechend. Für das Erreichen eines KfW-70 Standards stehen Investitionen in Höhe von über 2,2 m-Mio. € an. Nicht mit eingerechnet die vorher genannten Kosten. Nur über die

Energiekosten amortisiert sich dieses Invest in 87 Jahren... sofern das Gebäude dann überhaupt noch steht und das sage ich ganz bewusst. Wir werden jede sinnvolle Investition unterstützen, aber das ist fernab von Gut und Böse. Allein von einer Amortisation zu sprechen ist schon falsch, da in dieser Zeit noch mehr als genug weitere Maßnahmen anfallen werden – schlicht der Nutzung geschuldet. Wir werden Maßnahmen zur Verbesserung der städtischen Immobilien, zur energetischen Ertüchtigung und zum Klimaschutz immer zustimmen. Aber nur solange sie auch in einem zumindest ansatzweise finanziellen Verhältnis stehen. Ich bin mir sicher, hier sind Maßnahmen inkludiert, die absolut sinnvoll sind. Diese im Einzelnen tragen wir gerne mit. Unserer Ansicht nach müssten wir aber zuerst schauen, dass das Gebäude in seiner Substanz und Größe zukunftsfähig ist. Weiter zur Graf-von-Lauffen Halle: Im Prinzip haben wir hier einen ähnlichen Fall wie beim Schulgebäude, nur mit besserem Allgemeinzustand. Explizit beschrieben ist der gute Zustand des Daches, daher die Frage: wie sieht es hier mit der zeitnahen Installation einer PV-Anlage aus? So könnten wir vom Planen vielleicht schnell ins Umsetzen kommen. Beim Alten E-Werk geht unsere Meinung ganz klar mit der Verwaltung: Zuerst muss über das zukünftige Nutzungskonzept entschieden werden, danach kann die energetische Ertüchtigung angegangen werden.“

Stadtrat Hertel merkt an, dass mittlerweile viel gesagt worden sei. Wichtig sei, dass man nun die Zahlen habe und sehen würde, welche Probleme die Gebäude hätten. Bei Amortisierungszeiten von 87 Jahren könne man auch nicht wissen, ob zwischenzeitlich Nutzungsänderungen kommen würden. Alles, was möglich sei, solle sofort in Angriff genommen werden, aufgrund der Nachhaltigkeit sollten die Gebäude aber nicht mehr einfach nur platt gemacht werden. Man möge schauen, Konzepte erarbeiten und Fördermöglichkeiten abklopfen. Neckargemünd wäre doch wohl nicht die einzige Kommune mit alten Schulen. Die Heizung an der Grundschule solle man machen, beim Alten E-Werk zunächst das neue Nutzungskonzept abwarten.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass in alle Richtungen gedacht werden müsse, bei der Grundschule Dilsberg-Mückenloch und auch bei anderen Themen. Es sei zu hinterfragen, ob der Standort richtig sei.

Herr Feßenbecker stellt klar, dass zunächst die Banngartenhalle und dann folgend die Graf-von-Lauffen-Halle geplant sei. Generell müsse man sich auch Gedanken über die Ausstattung der Gebäude machen. Wieviel Technik wolle man in die Gebäude packen? Technik verschlinge Ressourcen, weniger Technik und mit Augenmaß sei sinnvoller. „Smart home“ würde auch Risiken bergen.

Stadtrat Schmitz findet es in Ordnung, die Technik kleiner zu halten. Die Heizungserneuerung möge in das Wärmekonzept eingebunden sein.

Der Bürgermeister stellt fest, dass das selbstverständlich sei. Man werde jetzt keine Entscheidung treffen und sich die Zukunft verbauen.

Stadtrat Bergsträsser möchte wissen, an welcher Position der Prioritätenliste die Kirchberghalle in Mückenloch mit ihrer PV Anlage und der LED-Beleuchtung stehe. Mache es nicht mehr Sinn, die Kirchberghalle wegen der noch bestehenden Beheizung über Elektroheizung vorzuziehen?

Herr Feßenbecker sagt, er würde am liebsten alle Projekte gleichzeitig machen, aber das ginge nicht. Man habe die Hallen nach Belegungsfrequenz ausgewählt. Die Kirchberghalle sei nicht vergessen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass man an die kommunale Wärmeplanung denken solle. Jetzt Heizungen austauschen wäre falsch, man müsse Geduld haben. Es mache keinen Sinn, jetzt einen Schritt zu machen und nächstes Jahr wieder zurück.

Stadtrat Fritsch sagt, die Weststadt sei eine Insel und die Gehörlosenschule sei dort. Wie sähe es dort mit der kommunalen Wärmeplanung aus?

Der Bürgermeister erklärt, dass die Gehörlosenschule ein Landesgebäude sei. Damit liegt das Gebäude nicht in der Verantwortung oder Zugriff der Stadt. Man müsse eins nach dem anderen machen. Die Verwaltung sei auf einem guten Weg.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Sanierungsfahrplänen und deren Bewertung durch die Verwaltung.

5: **Vorstellung und Auswahl der Planungsvarianten für die energetische Sanierung des Freibades**

5.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 5 – Bauwesen & Recht ebenso wie die als Download zur Verfügung gestellten weiteren Unterlagen sind dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Der Bürgermeister begrüßt zu diesem TOP auch Herrn Horvath.

Bevor Herr Feßenbecker in die Erklärungen einsteigt, fragt Stadtrat Katzenstein, ob die überdachten Fahrradständer tatsächlich auch als „Fluchtpunkt“ dienen sollten.

Herr Feßenbecker bestätigt, dass dies bei Starkregen oder Gewitter der Fall sein könne. Anschließend geht er die Präsentation durch. Das Tiergartenschwimmbad habe Variante 2, aus der dortigen Erfahrung mit der Lautstärke würde man für Neckargemünd Schalldämpfer vorsehen. Variante 4 sei die einfachste, allerdings mit hohen Stromkosten verbunden. Grundsätzlich könne man sagen, dass alle vier Varianten Vor- und Nachteile hätten. Die Verwaltung bevorzuge Variante 2 und folge somit dem Ingenieurbüro.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man im heutigen Beschluss entscheide, welche Variante für die folgenden Planungsphasen weiterverfolgt werde und dass immer noch Änderungen möglich seien. Er dankt Herrn Feßenbecker und Herrn Horvath für die Fördermittelanträge.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Katzenstein fragt nach, ob der Klimaschutzbeirat befragt worden sei.

Herr Feßenbecker sagt, es sei intensiv diskutiert worden, der Klimaschutzbeirat kenne die Vorschläge.

Der Bürgermeister bestätigt, dass man im Austausch sei, in der letzten Woche aber eher wegen der Klimamesse. Jetzt könne man die bevorzugte Variante mit dem Klimaschutzbeirat diskutieren.

Stadträtin Groesser hätte dies gerne lieber anders herum gehabt.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Vorlage dann erst nächsten Monat im Gemeinderat gewesen wäre.

Stadtrat Schmitz verliest die Stellungnahme der Grünen wie folgt: „Am 27.06. Beschluss zur Planung der nachhaltigen Energieversorgung des Schwimmbades und am 25.09. schon eine Vorlage zur Entscheidung über diverse Planungsvarianten: Das muss das „Deutschlandtempo“ sein, von dem jetzt überall die Rede ist... Zwar kommen wir erst heute zur Beratung, aber dennoch vorab schonmal ein herzliches Dankeschön für die rasche Erarbeitung des Konzepts. Wollen wir hoffen, dass wir bei dem Bundesprogramm zur Förderung von kommunalen Sport-, Freizeit- und Kulturstätten, das wohl nach Presseberichten mehrfach überzeichnet ist, letztlich auch zum Zuge kommen. Grundsätzlich können wir mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Variante 2 leben, wir hatten das Glück, uns in einem direkten Austausch mit Herrn Feßenbecker noch intensiver mit diesem Projekt beschäftigen zu können, vielen Dank dafür. In dem vorhandenen Betrachtungsrahmen ist der Verwaltungsvorschlag schlüssig und wir könnten dem zustimmen. Allerdings sehen wir bezüglich der Einbindung dieser neuen Technik in ein Gesamtkonzept noch weiteren Beratungsbedarf. Uns geht es um die Verbindung mit dem vorhandenen Nahwärmenetz, wir glauben, die Potentiale einer solchen „Variante 5“ wurden noch nicht ausgearbeitet. Wir machen uns Gedanken, dass — wie die Erläuterungen zu Variante 1 zeigen — gegenwärtig unser einziges Heizwerk so schlecht arbeitet, dass das Verhältnis Holzheizung zu Gasheizung mit 50:50 beziffert wird — das ist doch nicht das Ziel gewesen bei der Einrichtung als „überwiegend regenerative Nahwärmeversorgung“. Das ist ja auch für die angeschlossenen Gebäude im Neubaugebiet keine gute Nachricht, dass sie die gesetzlichen Anforderungen an eine regenerative Energieversorgung nicht erfüllen! Kann man diesen Wert durch eine bessere Auslastung verbessern, indem — insbesondere im Sommer — der träge Holzofen durch den Anschluss eines Großverbrauchers wie dem Schwimmbad eine bessere Auslastung erfährt und das Gas, das eigentlich nur für die Spitzenlast da sein sollte, nicht jedes Mal anspringen muss, wenn jemand im Neubaugebiet den Warmwasserhahn aufdreht? Kann man das System insgesamt aufwerten und resilienter machen durch eine Verbindung zwischen dem Nahwärmenetz und dem Schwimmbad, weil diese Verbindung eventuell künftig auch umgekehrt solarthermisch erwärmtes Wasser aus dem Schwimmbad in das Nahwärmenetz fließt, das seinerseits dringend für die Versorgung weiterer Gebäude im Sinne der kommunalen Wärmeplanung ausgebaut werden sollte? Ist es nicht sinnvoll, eine teure Wärmepumpe ganzjährig zu nutzen und die so erzeugte Wärme nicht nur für das Schwimmbad, sondern für den ganzen Stadtteil nutzbar zu machen? Wir müssen ganzheitlich denken lernen und nicht in Insellösungen verharren. Wir möchten deshalb anregen, die neue Schwimmbadtechnik außerhalb der Badesaison zugunsten der Nahwärmeversorgung in Kleingemünd mit zu nutzen und weitergehende Investitionen auch an anderer Stelle im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung zu prüfen:

- Nutzung geeigneter Flächen für Solarthermie und direkte Beheizung des erweiterten Nahwärmenetzes im Sommer
- Saisonalspeicher oder Großspeicher zur Befüllung über Solarthermie
- Ggf. Nutzung derselben als Primärquelle für Wasser-Wasser-Wärmepumpen auch in Hochtemperaturbereichen zur Spitzenlastabdeckung

- *Einbindung der Schwimmbad-Wärmepumpen in das Nahwärmenetz zur Unterstützung und als Fallback.*

Das alles würde in der gegenwärtigen Konstellation, in der das Heizwerk allein durch die Stadtwerke betrieben wird, wahrscheinlich nicht funktionieren, also muss hierfür ein angepasstes Kooperationsmodell mit den Stadtwerken gefunden werden. Aber der Grundgedanke, keine Insellösungen mehr zuzulassen, sondern die Wärmeerzeugung möglichst kohärent zu planen, ist doch nicht von der Hand zu weisen. Das muss doch auch die Stadtwerke überzeugen, die in der kommunalen Wärmeplanung eine Schlüsselstellung haben werden und wie man in Heidelberg sieht, ja auch mit viel Erfolg.

Jetzt könnte man anführen, dass eine solche Erweiterung des Projektes möglicherweise die Förderung der Schwimmbad-Erneuerung gefährden könnte, weil mit dem Förderprogramm des Bundes bekanntlich keine Quartiers-Wärmeversorgung bezuschusst werden soll. Selbst wenn das so wäre, was ich für ein sehr bürokratisches Argument halte, denn das hieße ja, man sollte etwas Sinnvolles nicht tun, weil man nur für das weniger Sinnvolle Geld bekommt, lässt sich eine Verbindung zwischen der neuen Schwimmbadtechnik und dem bestehenden Nahwärmenetz auch verargumentieren: Man könnte sagen, dass das eine Notwärmeversorgung ist, für den Fall, dass die neue Technik versagt. Man könnte darauf verzichten, sich die Wärmeleitung bezuschussen zu lassen und sie im Rahmen des Ausbaus der Nahwärmeversorgung realisieren. Auf jeden Fall sollten bürokratische Hemmnisse uns nicht davon abhalten, integral zu planen! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Der Bürgermeister sagt, dass man nicht 6 Mio. € Förderung aufs Spiel setzen werde. Alles was die Förderung gefährde, werde vermieden. Man könne hier nicht spielen, der Bund schaue sehr genau hin und es seien schon die ersten Rückzahlungsbescheide an Kommunen versandt worden.

Herr Horvath warnt davor, selbst „laut zu denken“; Quartiers- oder Notversorgung dürfe nicht sein. Das wäre komplett förderschädlich. Man hätte es sich genau angeschaut, das Schwimmbad benötige im April und Mai massiv Energie, während der Sommermonate sei eher zu viel Energie da, die niemand brauche. Das wäre kontraproduktiv.

Stadtrat Katzenstein fragt nach den Herbst- und Wintermonaten.

Der Bürgermeister sagt, dass die Stadt und Planwerk alles untersucht hätten. In der weiteren Planung werde man auch den Klimaschutzbeirat einbeziehen. Der Vorschlag ginge nicht.

Stadtrat Rehberger stellt fest, dass alle vier Varianten Vor- und Nachteile hätten. Die Kosten seien relativ hoch. Das Ingenieurbüro habe einen Weg aufgezeichnet, was möglich und zu favorisieren sei. Man solle Variante 2 mit Photovoltaik und Wärmepumpe betreiben. Seine Frage wäre noch, was passiere, wenn man Spitzen brauche, wenn die Wärmepumpen es nicht schafften, hätte man einen Puffer?

Herr Feßenbecker bestätigt, dass bei Minderleistung mittels Bezug aus dem Stromnetz aufgefangen werden könne.

Stadtrat Bernauer sagt, dass auch für die CDU die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante 2 klarer Favorit sei. Man habe den großen Vorteil, dass man die Energie aus der Wärmepumpe in erster Linie in der wärmeren Jahreszeit benötige, also dann, wenn die Wärmepumpe tatsächlich sehr effizient arbeite. Zudem sei der Anteil an

selbst erzeugter, regenerativer Energie hier über alle Planungsvarianten am höchsten. Die Präsentation sei eine perfekte Grundlage für die Entscheidung hier im Gremium.

Herr Feßenbecker spricht nochmals die überdachten Fahrradständer an. Dies sei eine Vorplanung. Nun mache man einen Cut und beginne Phase 2. In der weiteren Planung sei es der Verwaltung und dem Gemeinderat überlassen, wie man was umsetzen wolle.

Herr Horvath ergänzt, dass es für die Fahrradüberdachung Förderungen in nicht unerheblicher Höhe gäbe.

Stadtrat Hertel sagt für die SPD, dass man nun schnell handeln solle, kein langes Aufheben, die Version 2 solle weiterverfolgt werden.

Stadtrat Fritsch bevorzugt ebenfalls die Variante 2, es seien viele Bausteine einbezogen worden, dies sei ein guter Weg.

Stadtrat La Licata stimmt auch für die Variante 2.

Stadtrat Dr. Rothe hinterfragt noch die Fahrradsolaranlage und hier vor allem die Leitung, die über die Straße führen würde.

Herr Seidel informiert, dass sich dieses Problem aufgrund des neuen EEG, Stand 2023, nicht mehr stelle.

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den vorgelegten Varianten zur Energieversorgung des Schwimmbads und wählt mehrheitlich bei einer Enthaltung die Variante 2 für die weiteren Planungsphasen aus.

6: **Übernahme einer Rückbürgschaft gegenüber der Stadtwerke Heidelberg GmbH**

6.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

6.2: **Beratung:**

Es gab keine Wortmeldungen.

6.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt, für das von der Stadtwerke Neckargemünd GmbH, bei der Volksbank Neckartal eG aufgenommene Darlehen über 1.091.924,53 EUR eine Rückbürgschaft (befristet bis 30.08.2033) gegenüber der Stadtwerke Heidelberg GmbH in Höhe von 45,04 %, somit zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme für 491.802,81 EUR, zu übernehmen.

7: **Vergabe freiwillige kommunale Wärmeplanung**

7.1: **Sachvortrag:**

Der Bürgermeister begrüßt Frau Kurch und informiert die Mitglieder des Gemeinderates, dass sich bei der digital übersandten Vorlage ein Fehlerteufel eingeschlichen habe. Der Förderantrag sei im März 2023 (und nicht im August 2023)

gestellt worden. Dies zeige wiederum, wie lange die Bearbeitungszeiten seien. Der Antrag sei im Konvoi mit Wiesenbach und Mauer gestellt worden, Neckargemünd sei der Konvoiführer.

Frau Kurch erläutert ihre Vorlage. Es sei die Verhandlungsvergabe gewählt worden, d.h. man habe nach Durchführung einer Markterkundung mindestens drei Unternehmen angeschrieben und zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Weiterhin geht sie auf Eckpunkte ihrer Vorlage ein.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man hiermit deutlich über die geforderte Leistung hinausgehe.

7.2: **Beratung:**

Stadträtin Groesser möchte wissen, ob das Verfahren und die Inhalte vorgegeben seien.

Frau Kurch erklärt, dass im Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg (§27 KlimaG BW) vier Bestandteile festgeschrieben sind: Bestandsanalyse, Potenzialanalyse, klimaneutrales Zielszenario 2040 und Wärmewendestrategie mit Maßnahmenkatalog. Im Maßnahmenkatalog werden mindestens fünf Maßnahmen benannt und detaillierter ausgearbeitet, mit deren Umsetzung innerhalb von fünf Jahren begonnen werden soll.

Stadträtin Groesser sagt, dass sie die Bewertungsmatrix nicht habe lesen können, sie sei zu klein gedruckt. Könne die Firma gleich anfangen?

Frau Kurch bestätigt dies. Ein erstes Arbeitstreffen mit den Konvoi-Kommunen werde noch in diesem Jahr erfolgen. Die Bewertungsmatrix sei sehr klein kopiert gewesen, man werde die Vorlage nochmal digital versenden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die Notwendigkeit eines zeitnahen Beginns in die Bewertung eingeflossen sei. Man brauche die Zeit, um schnell zu einem Ergebnis zu kommen.

Herr Horvath stellt fest, dass man wegen der Förderung bis Mitte 2025 fertig sein müsse.

Stadtrat Rehberger findet es schön, dass das Ingenieurbüro in der Nähe ansässig sei, das bringe auch Vorteile. Ihn habe gestört, dass die anderen beiden Bieter nicht aufgeführt worden seien, ebenso wenig deren Punktezahl. Außerdem sagt er, dass die Bestandsaufnahme nicht ohne die Betroffenen gehe. Wie wolle man da Druck aufbauen, dass der Prozess nicht verzögert werde? Und zuletzt interessiere ihn, ob das Ingenieurbüro alle drei Städte parallel oder sukzessive abarbeite.

Herr Horvath beantwortet die erste Frage und sagt, dass die Namen der anderen Bieter auch alle anderen interessiert hätten, aufgrund des Bieterschutzes dürfe man aber nichts sagen, sondern eben nur, wer es bekommen habe und dessen Punktezahl. So erklärt es die Zielsetzung der EU für die unterschweligen Vergaben.

Die Punkte zwei und drei beantwortet Frau Kurch. Die Bestandsaufnahme erfolge gebäudescharf über statistische Daten und Daten der Energieversorger und Schornsteinfeger. Eine Datenabfrage direkt bei Hauseigentümern erfolgt nicht oder nur in absoluten Einzelfällen. Die Erstellung der Wärmepläne in den drei Kommunen des Konvois erfolge parallel.

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass Herr Zieteck bereits im Juli 2022 gesagt habe, dass ein Wärmeatlas mit Baualtersklassen vom Rhein-Neckar-Kreis als Datengrundlage für die Erarbeitung der Wärmepläne zur Verfügung stehe.

Stadtrat Katzenstein stellt verwundert fest, wie man denn wissen könne, wie viele Pellets jemand verbrauche.

Frau Kurch erklärt, dass es gebäudescharfe statistische Daten gäbe und der Verbrauch über die Größe der Anlage berechnet werden könne. Gleichwohl werde der Datenschutz eingehalten. Es würden keine gebäudescharfen Daten veröffentlicht. Alle Daten würden kumuliert.

Herr Horvath verweist auf den straffen Zeitplan, man müsse anfangen. Der Fördermittelgeber und die Firma hätten allerdings bewiesen, dass sie es schaffen.

Stadtrat Bernauer spricht für die CDU und freut sich, dass man heute über die Beauftragung der kommunalen Wärmeplanung beschließen könne. Diese bilde den zentralsten Baustein, um den Bürgerinnen und Bürgern für die Zukunft Planungssicherheit im Bereich Heizen zu geben. Hier sei die Verunsicherung zuletzt sehr groß gewesen. Es sei wichtig, alle mitzunehmen. Die CDU stimme dem Beschlussvorschlag zu. Allerdings frage er sich, ob die Stromnetze womöglich nicht ausreichend bewertet worden seien.

Der Bürgermeister sagt, dass das Leistungsverzeichnis um die Bewertung der aktuellen Versorgungsstruktur mit Strom erweitert wurde. Dann könne man mit dem Netzbetreiber sprechen und Kapazitäten der Versorgungsleitungen und Potenziale erneuerbarer Stromquellen anpassen. Am Stromnetz müsse etwas getan werden – landauf, landab.

Stadtrat Schimpf erinnert an die städtischen Informationsveranstaltungen für den Glasfaseranschluss. Sei hier etwas ähnliches für die Bürger vorgesehen? Wenn man bei den Daten der Schornsteinfeger etc. nicht dabei sei, könne sich der Bürger dann bewerben?

Der Bürgermeister sagt, man müsse abwarten, was bei der Bestands- und Potenzialanalyse herauskäme. Dann würde man die Öffentlichkeit informieren. Die genaue Art der Informationsveranstaltung hänge vom Ergebnis der Analysen ab – ob die komplette Stadt oder quartiersweise, werde man sehen und mit dem Fachbüro absprechen. Erster Ansprechpartner seien die Stadtwerke, die während des gesamten Prozesses eng eingebunden werden.

Herr Horvath bestätigt, dass es bei anderen Ausschreibungen so gelaufen sei. Bei der Detailplanung für etwaige Wärmenetze nach der Wärmeplanung werde man weitersehen.

Stadtrat Fritsch merkt an, dass dies Neuland sei. Der Rahmen sei vom Gesetzgeber vorgegeben, aber wer habe Erfahrungen?

Der Bürgermeister bestätigt, dass das Büro sehr viel Erfahrung habe, es habe sehr gute Referenzen von anderen (Nachbar-)Kommunen. Und man mache mehr als vorgegeben.

7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Beauftragung der GEF Ingenieur AG, Ferdinand-Porsche-Straße 4a, 69181 Leimen für die kommunale Wärmeplanung im Konvoi Neckargemünd, Mauer, Wiesenbach.

Der Gemeinderat beschließt weiterhin einstimmig die Zurverfügungstellung von Haushaltsmitteln für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 in Höhe von insgesamt 148.750,- €.

Stadträtin Dr. Welter verlässt die Sitzung um 22.10 Uhr.

Vor Einstieg in den nächsten Tagesordnungspunkt stellt Stadtrat Bergsträsser den Geschäftsordnungsantrag, über den folgenden TOP 8 ohne Beratung abzustimmen. Der Antrag wird mit 14 Ja- bei 7 Neinstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

8: **Friedhof Dilsberger Hof (privater Teil)**

8.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister begrüßt Pfarrer Streit. Er sagt, dass der heutige Artikel in der RNZ zum Sachverhalt nicht ganz stimme, denn die Leute seien nicht „nur“ zufrieden mit der nun gefundenen Lösung, sondern glücklich, also deutlich mehr. Die Modalitäten müssten jetzt noch geklärt werden.

Ortsvorsteher Erles verliest den Beschluss des Ortschaftsrates vom 16.10.2023 und bedankt sich bei Bürgermeister Volk und Pfarrer Streit für die Aushandlung des neuen Vorschlags.

Stadträtin Groesser hinterfragt den „Deal“, dass das Gemeindehaus von der Katholischen Kirche für 20 Jahre den Vereinen zur Verfügung gestellt werde. Wie könne die Katholische Kirche dies garantieren? Behalte man das Gebäude?

Pfarrer Streit sagt, dass er für 16 Gemeinden im Umkreis zuständig sei und beim Raumkonzept und der Gebäudeplanung stehe ein Verkauf des Pfarrhauses nicht zur Diskussion.

Dr. Rothe fragt nach dem „geringen Entgelt“ für die Nutzung.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies noch Gegenstand der Verhandlungen sei. Es ginge um einen Betriebskostenzuschuss für Strom, Wasser, Elektrik etc. Man werde eine Lösung finden.

Der Bürgermeister und Pfarrer Streit geben sich zum Zeichen der Einigkeit die Hand.

8.2: **Beratung:**

Aufgrund des Geschäftsordnungsantrags von Stadtrat Bergsträsser fand keine weitere Beratung statt.

8.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig bei einer Enthaltung:

- die Schenkung des Flurstücks 4284 anzunehmen, wobei der Teil, auf dem die Kapelle steht sowie die Kapelle selbst, im Besitz der Katholischen Kirche verbleibt
- der bisherige (private) kirchliche Friedhof dem städtischen Friedhof zugeweiht wird
- die katholische Kirchengemeinde Neckar-Elsenz garantiert, dass das Gemeindehaus mindestens 20 Jahre (Zeit der längsten offenen Grablegefrist)

wie bisher auch den Vereinen und der Stadt gegen geringes Entgelt für Veranstaltungen zur Verfügung steht

9: **Mitteilungen und Anfragen**

9.1: **Sitzungseffizienz**

Der Bürgermeister informiert, dass er den Hauptausschuss stärken und dort zukünftig auch einen öffentlichen und nicht-öffentlichen Teil abhalten werde, sofern die entsprechenden Zuständigkeiten gegeben sind. Über Sachverhalte unter einem Wert von 150.000 € könne laut Gemeindeordnung in seinem Themenkreis auch der Hauptausschuss entscheiden, analog werde es beim Bauausschuss schon lange so gehandhabt.

9.2: **Schottergärten**

Stadträtin Schlüchtermann fragt, wie man gedenke, mit Stein- und Schottergärten umzugehen.

Der Bürgermeister sagt, dass man das im Gemeinderat beschließen müsse.

Stadträtin Groesser meint, auch die Stadt lege Steingärten an, und nennt auf Rückfrage z.B. den Bereich entlang der Schützenhausbrücke.

Der Bürgermeister korrigiert dahingehend, dass man keine neuen Schotterplätze anlege, ganz im Gegenteil, man wandle wieder zurück um. Diese Anlage an der Schützenhausbrücke bestehe schon seit zehn Jahren so.

Stadtrat Rehberger regt an, zunächst zu klären, was ein Schottergarten sei.

Der Bürgermeister verspricht, den Sachverhalt im 1. Quartal 2024 auf die Tagesordnung zu setzen.

9.3: **Städtische Räumlichkeiten**

Stadtrat Bergsträsser fragt nach der Filmvorführung der Fraktion der Grünen im Menzerpark.

Der Bürgermeister korrigiert, dass das eine Veranstaltung des kommunalen Kinos gewesen sei.

9.4: **Bürgermeisterwahl 2024**

Stadträtin Linier fragt nach der Bürgermeisterwahl im kommenden Jahr.

Der Bürgermeister teilt mit, dass es hierzu im November eine Sitzungsvorlage von Frau Polte gebe.

9.5: **Sandklinge**

Stadträtin Linier fragt außerdem nach dem Sachstand Sandklinge.

Der Bürgermeister sagt, es sei im Haushalt 2024 vorgesehen.

Herr Seidel ergänzt, dass Herr Ansorge mit Bauanträgen und der Regionalplanung sehr gut ausgelastet sei. Das Artenschutzgutachten werde erwartet.

Der Bürgermeister sagt, dass es vermutlich Mai/Juni werde.

9.6: Rattenplage an einer örtlichen Tankstelle

Stadtrat Fritsch teilt mit, dass bei der Tankstelle in der Nähe seines Besitzes Ratten und Ungeziefer herumlaufen würden.

Der Bürgermeister sagt, dass das Ordnungsamt diesbezügliche Fotos von Herrn Fritsch angefordert habe, diese allerdings noch nicht erhalten habe. Er bittet um dringende Übersendung.

Stadtrat Fritsch meint, dass das Ordnungsamt schon da gewesen sei und acht Tiere abgeholt habe, den Rest habe er vergraben.

9.7: Freibadkarten FFW

Stadtrat Bernauer erinnert daran, dass die CDU im Rahmen der Haushaltsberatung einen Antrag für Freibad-Freikarten zugunsten der Freiwilligen Feuerwehr angeregt hatte. Auf das Versprechen hin, es gäbe Gespräche mit den Kommandanten, wie dies umgesetzt werden könne, sei der Antrag zurückgezogen worden. Wie sei hier der Sachstand?

Der Bürgermeister erklärt, dass er seinerzeit keine Rückmeldung der FFW bekommen habe, dann sei es leider bei ihm in Vergessenheit geraten und mitten in der Saison habe er die Thematik nicht angreifen wollen. Er werde es für die kommende Saison aufgreifen.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadträtin Schlüchtermann

Die Schriftführerin

Stadträtin Weichert